



Positionspapier

Die Initiative Trinkwasser ist angetreten, damit unsere Wasserquellen in ihrer Qualität und ihrem Umfang erhalten bleiben, die Hillenbergquelle II und die Lörmecke-Quelle, die beide im Wesentlichen aus hochwertigem Tiefenwasser gespeist werden. Diese Quellen sind im Wesentlichen durch den wuchernden Steinabbau in Warstein und Kallenhardt akut bedroht, zum einen durch den beabsichtigten Tiefenabbau unter der Grundwasser-Linie, sodann durch die Sprengungen und die Abbautätigkeit allgemein, durch mögliche Verschmutzungen und aktuell durch den juristischen Angriff auf die Genehmigung des Wasserbezugs.

Nun genießt das Trinkwasser in unserer Gesellschaft heute zwar einen hohen Wert als schützenswertes Allgemeingut, das gilt aber auch für die Rohstoffgewinnung in unternehmerischer Form. Und die Steinbruchbetriebe sind von den strengen Wasserschutzgebietsverordnungen weitgehend ausgenommen und haben Abbaurechte – bis zur Grundwasserlinie.

Zwar ist die Praxis vielfach über die Genehmigungen hinausgegangen, aber diese Verstöße wurden von den Aufsichtsbehörden kaum oder nicht geahndet, weil die Kontrollkompetenzen, -kapazitäten und -entschlossenheiten zu gering waren oder die Nachweise angeblich nicht zu erbringen waren.

In der lokalen Öffentlichkeit gab es wachsenden Unmut, aber nur vereinzelt offene Kritik an diesen Verhältnissen, da sich die Betroffenen als ohnmächtig sahen und resignierten – und/oder schlecht vertreten fühlten.

Die lokale Politik, bislang immer durchsetzt mit etlichen Vertretern/innen aus dem Umfeld der Steinunternehmen, und die Verwaltung, die aus heutiger Sicht unvorstellbar liebedienerische Verträge entwarf, hat bis vor einigen Jahren den Interessen der Steinindustrie immer den Vorrang gegeben. (Abgesehen davon, dass sich etliche Grundstücksbesitzer bereichert haben durch Verkauf oder Verpachtung.)

Diese Situation hat sich seit dem Auftreten der Initiative Trinkwasser geändert. Genauer: seit dem durch die Initiative ausgelösten Offenbarwerden der breiten und scharfen Nichtakzeptanz des Steinabbaus in Warstein. So wurde vor allem durch intensive, wirksame Öffentlichkeitsarbeit die Gefährdung des Trinkwassers durch den beabsichtigten Tiefenabbau so deutlich gemacht und fand so viel Zustimmung, dass sich, erst recht nach der skandalösen Steinflugsprengrung der Fa. Brühne, die Stimmung im Rat der Stadt wendete und ein einstimmiges Votum gegen Tiefenabbau erfolgte. Auch die überörtlichen Behörden bekundeten nun klar, den Tiefenabbau nicht zuzulassen. Der Regionalplan schrieb das dann – ziemlich – fest.

Die Fa. Brühne, deren Überleben nur durch die Genehmigung des Tiefenabbaus gesichert gewesen wäre, musste Konkurs anmelden. Die zusammengeschlossenen anderen Steinabbauer – Unternehmen Westkalk –, die noch ausreichend Kalkstein oberhalb der Grundwasserlinie abbauen können (die Angaben schwanken zwischen 10 und 40 Jahren), arbeiten nun allerdings auch deutlicher darauf hin, in der Tiefe abbauen zu können. Verbrämt wird dieses Interesse durch die bekundete Absicht, eine Methode finden zu wollen, die die Wasserquellen nicht gefährde.

Allerdings hatte sich mittlerweile das Themenfeld der Initiative ausgeweitet. Schon durch die Bündnisform kamen verschiedene, gegen den Steinabbau gerichtete Interessen zum Tragen (z. B. ISW [Initiative Sprengbetroffener Warstein]). Auch wurde klar, dass die direkten Belastungen durch den Steinabbau und Besorgnisse um das Wasser zusammenhängen (so hat bspw. die Staubbelastung mit Nicht-Rekultivierung zu tun, die sich wiederum durch das Spekulieren auf den Tiefenabbau erklärt). Es macht also nur Sinn, die gesamte Palette der steinabbaubedingten Probleme anzugehen – als da wären:

- Lärmbelastung – Betriebs-, Verkehrs-, Brecherlärm
- Verkehrsbelastung
- Staubentwicklung
- Feinstaubgefährdung
- Sprengerschütterungen
- Sprengschäden
- Nicht-Rekultivierung/-naturierung
- Landschaftsverschandelung
- Gefahr einer weiteren Ausbreitung des Steinabbaus (z. B. westlich der B 55, wo sich diverse Steinabbauunternehmen schon seit längerem Bergrechte gesichert haben)
- Verlust der touristischen Attraktivität
- Innenstadtverödung durch Verkehr und Attraktivitätsverlust der Stadt bis hin zur demographischen Negativentwicklung
- finanzielles Negativsaldo der Stadt – und vor allem
- Gefährdung unsere hochwertigen Tiefenwasserversorgung

Nicht nur der Steinabbau gefährdet allerdings unsere eigene Wasserversorgung, auch die zunehmende Beeinträchtigung durch die Landwirtschaft (Gülle, Nitratbelastung) darf nicht außer Acht gelassen werden – und es gilt, die zukünftige mögliche Vergiftung des Wassers durch das auch in unserem Bereich mögliche Fracking im Auge zu behalten!

*

Wie nun kann unsere Initiative nach diesen Anfangserfolgen weiter gegen diese Bedrohung vorgehen?

Eine Initiative kann nicht direkt mitentscheiden, ihr Einfluss ist zwar nicht zu unterschätzen, aber ein indirekter. Sie wird zwar inzwischen (wie eine NRO [Nichtregierungsorganisation]) gelegentlich gehört, wie bspw. im Mediationsprozess, wird auch in geplanten Partizipationsvorhaben (zur "Warsteiner Vereinbarung") dazugeladen werden, ist aber nicht juristisch im Verfahren beteiligt (wie Verbände, etwa der BUND). Auch die Stadt hat nur wenig Einfluss auf Abbaugenehmigungen. Wesentlich sind der Kreis als Kontroll- und Genehmigungsbehörde und das Land (Düsseldorf und BR Arnsberg) als rahmensetzende Regierung (Wassergenehmigung, Bergrecht, Wasserschutzgebiet).

Die Initiative hat also in einer nichtverfassten Sphäre "nur" eine

- Beratungsfunktion,
- Aufklärungsfunktion,
- Artikulationsfunktion,
- Mobilisierungsfunktion.

Also im Wesentlichen ist ihr Feld die *Öffentlichkeitsarbeit* oder *Arbeit in der Öffentlichkeit*. Juristisch kann sie nur vorgehen etwa durch Dienstaufsichtsbeschwerden bei festgestellten Kontrollfehlern – oder politisch durch Einflussnahme auf Parteien/Wählergemeinschaften.

Man sollte allerdings diesen eingeschränkten "Machtbereich" nicht unterschätzen, da die Mobilisierung von Ablehnung in einer Demokratie die Entscheidungen stärker beeinflussen kann als die Arbeit der Partei selbst (da wählerabhängige Parteien sich ungern gegen breite Strömungen in der Bevölkerung stellen). Und Behörden, durchaus politikabhängig, berücksichtigen – davon ist auszugehen – durchaus das Gewicht der gegenteiligen Interessen bei ihren Entscheidungen, dabei ist „unser“ Gewicht, die breite und intensive Ablehnung (man stelle sich etwa die Wirkung eines prozessionsartigen Marsches nach Arnsberg aus ...!), auch nicht zu unterschätzen. Und nicht zuletzt die angegriffenen Unternehmen geraten in eine Stresssituation, da sie gern im Konsens ihren Geschäften nachgehen wollen (s. die enormen PR-Anstrengungen von Westkalk).

*

Nun, aber was will die Initiative Trinkwasser?

Die *Gefährdung des Trinkwassers* kann definitiv nur ausgeschlossen werden durch das *Einstellen des Steinabbaus*. Zwar könnten alle *Belastungen* auch *gemindert* werden, aber das findet als anzustrebende Lösung keine breite Zustimmung mehr; die Bevölkerung von Warstein (und auch wohl von Kallenhardt) empfindet sich weithin so belastet, dass der Ausstieg aus dem Steinabbau als mehrheitliches Interesse angesehen werden kann. (Die Belastungs-Minderungen „bringen“ ja auch nicht viel, es sind bislang kaum spürbare Entlastungen, dabei haben wir in der Tat eine Verringerung der Sprengtätigkeit, des Verkehrs, der Staubentwicklung zu konstatieren, andererseits hat der Steinabbau kontinuierlich zugenommen.)

Der „Ausstieg aus dem Steinabbau“ kann aber voraussichtlich in naher Zukunft nicht realisiert werden, dem steht die rechtlich fundierte Interessenlage der Steinbruchunternehmen entgegen. Man muss sich darauf einstellen, dass der Steinabbau noch langfristig weiter existieren wird (zu befürchten ist sogar eine Ausweitung).

Deswegen brauchen wir die Ausstiegs-Forderung aber nicht aufzugeben. Im Gegenteil! Alle Bemühungen sollten auf den Ausstieg *ausgerichtet* sein. Es muss klar sein in der Öffentlichkeit, dass der Steinabbau gegen die Mehrheitsinteressen erfolgt und dass der Widerstand ungebrochen ist. So erhöhen sich immerhin die Chancen, zumindest die Ausweitung des Abbaus zu verhindern, die diversen Belastungen zumindest zu verringern oder gar, bei möglichen katastrophalen Entwicklungen, den Abbau zu beenden (so wie der Oberhagen-Steinbruch vor Jahrzehnten über Nacht eingestellt wurde).

*

Das Konzept: man müsse der Industrie das Profitmachen erschweren, die Bedingungen so verschärfen, dass es sich nicht mehr lohnt, Steine zu brechen, ist zunächst ein interessanter Ansatz und sollte noch gründlich bedacht werden. Es stellt sich allerdings die Frage: Ist er realistisch? Es ist nicht abzusehen, dass sich für diese Strategie eine Mehrheit finden könnte.

*

Für die *Politik* wird sich die Situation oft anders darstellen. Da gibt es Verhandlungserfordernisse, da sich weitergehende Themen wie die Verkehrslösung und die Stadtentwicklung allgemein (oder eben die „Wasserfrage“) mit dem Thema verknüpfen, und da empfiehlt es sich vielleicht, Teilziele aufzugeben – freilich nur, wenn Substanzielles dafür eingehandelt werden kann!

Die *Initiative* als *Druckkulisse für Politik und Behörden* sollte sich dieser „Arbeitsteilung“ bewusst sein und Verhandlungspolitik für Teilziele nicht ablehnen oder gar verurteilen. Die Ablehnung des Abbaus ist im Moment offenkundig nicht realisierbar, ist aber ein wichtiges, interessenpolitisches Druckmittel, um die Situation allgemein zu verbessern, also dem Ausstieg zumindest näherzukommen bzw. die weitere Ausbreitung des Steinabbaus zumindest zu erschweren und die vielen „Plagen“ zumindest erträglicher zu machen.

Wir sollten also unser Thema weiterhin *abwechslungsreich* (um Aufmerksamkeit zu bekommen) im Gespräch halten; nach Möglichkeit *initiativ* sein, also vorpreschend, Themen *setzend* agieren, und nicht *reagieren*; uns auf eine lange Zeit der Auseinandersetzungen einstellen – und nicht zuletzt mit unseren Kräften haushalten.

In nächster Zeit steht an: die Auseinandersetzung um die „Warsteiner Vereinbarung“ (und damit das Folgenutzungskonzept); dann muss die Klage gegen die Wassergenehmigung verfolgt werden; es sollte die Aufklärungsarbeit in einer zweiten Runde wieder aufgenommen werden; es gilt, sich der Themen Bergrecht und Wasserschutzgebiete anzunehmen – und auch die Landtagswahlen sind wichtig, ein Regierungswechsel könnte unsere Rahmenbedingungen entscheidend schwächen. (Es werden sich noch weitere Aufgabenfelder finden.)

Oktober 2015 Werner Braukmann